

Zeitschrift: Heimatschutz = Patrimoine
Herausgeber: Schweizer Heimatschutz
Band: 92 (1997)
Heft: 4

Artikel: Was lange währt, wird endlich gut : Ratifizierung der Alpenkonvention in Sichtweite
Autor: Badilatti, Marco
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-175788>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was lange währt, wird endlich gut

von Marco Badilatti, Publizist, Zumikon

Dieser Tage hat der Bundesrat dem Parlament die Botschaft zur Ratifizierung der Alpenschutzkonvention zugeleitet. Sechs Jahre nach dessen Unterzeichnung hat nun das Vertragswerk aller Alpenstaaten auch bei uns den Durchbruch geschafft. Denn nach langem Widerstand seitens der Gebirgskantone konnten sich die beteiligten Bundesämter, Kantone und Verbände inzwischen auf eine gemeinsame Linie einigen. Damit dürfte das unter anderem auch für die Landschaftspflege, Raumplanung und den Tourismus wichtige Dokument endlich abgesegnet werden.

Die länderübergreifende Vereinbarung zwischen den Alpenstaaten und der EU besteht aus einer Rahmenkonvention und einer Reihe von Zusatzprotokollen. Sie erstrebt eine ganzheitliche Politik zur Erhaltung und zum Schutz der Alpen unter ausgewogener Berücksichtigung der Interessen der Alpenstaaten, ihrer alpinen Regionen sowie der EU unter umsichtiger Nutzung der Ressourcen und will die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Alpenraum stärken. Bisher ist die Rahmenkonvention von der EU und von allen Alpenländern unterzeichnet worden, von der Schweiz jedoch nur unter gewissen Vorbehalten. Ratifiziert worden ist die Konvention bisher von Österreich, Deutschland, Liechtenstein, Slowenien, Frankreich und der EU, nicht aber von Italien, Monaco und der Schweiz.

Nachhaltige Entwicklung angestrebt

Grössere Differenzen bestanden lange bei verschiedenen Ausführungsprotokollen über die Raumplanung, die Berglandwirtschaft, den Naturschutz und die Landschaftspflege, den Verkehr, Tourismus und den Bodenschutz. Schuld daran waren namentlich die Angst der Gebirgskantone vor einer

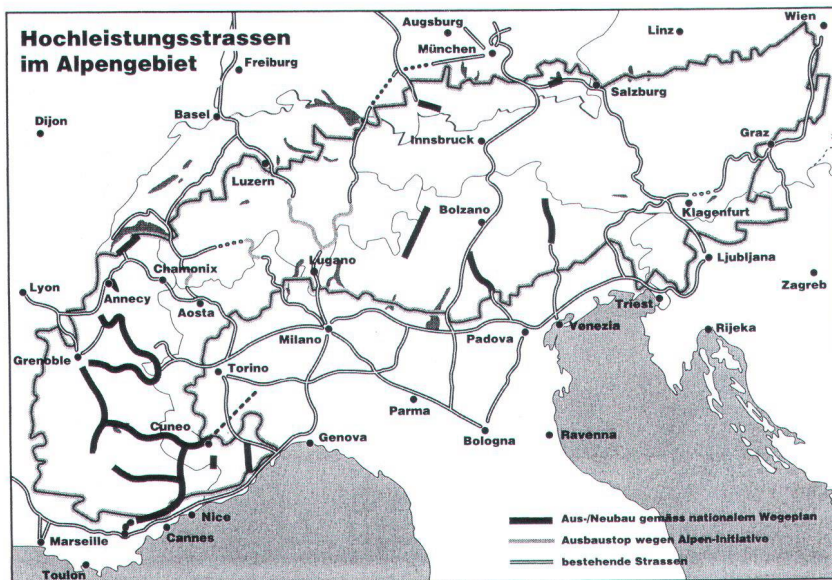
allzu starken «Fremdbestimmung», die angeblich einseitige Ausrichtung der Protokolle auf den Umweltschutz, die Vernachlässigung der wirtschaftlichen Entwicklung des Alpenraumes sowie das Fehlen von verbindlichen Richtlinien für die Abgeltung von gemeinwirtschaftlichen und umweltschützerischen Leistungen im Berggebiet.

Inzwischen hat man sich angenähert, und es konnten unter der Federführung des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft tragfähige Kompromisse gefunden werden. Das ist nicht wenig, wenn man bedenkt, dass noch im Sommer 1996 ein Scheitern des Ratifizierungsvorhabens in der Luft lag. Einig ist man sich insbesondere hinsichtlich des strategischen Zieles einer nachhaltigen Entwicklung des Alpenraumes. Dabei sollen die ökologischen und wirtschaftlichen Anliegen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinanderstehen und der Vollzug der Zusatzprotokolle weitgehend den Kantonen überlassen sein.

Vernunftfeie im Dienste aller

Wie Bundesrätin Ruth Dreifuss anlässlich einer Medienkonferenz über die nun vorliegende Botschaft an das Par-

lament darlegte, stecke die Konvention zwar den Rahmen für die internationale Zusammenarbeit ab, doch seien die Ratifikationsakten nicht einfach von oben herab verordnet, sondern in einem intensiven Dialog zwischen dem Bund und den Kantonen redigiert worden. Und als Präsident der Regierungskonferenz der Gebirgskantone meinte der Bündner Regierungsrat Klaus Huber ironisch, von einer Liebesheirat könne man zwar noch immer nicht reden, doch biete man heute seitens der früheren Gegnerschaft des Vertragswerkes Hand zu einer Vernunftfeie. Dies nicht zuletzt auch im gesamtstaatlichen Interesse und aus der Einsicht heraus, dass die Schweiz nicht schon wieder einen internationalen Dialog verweigern sollte. Denn wenn man die Alpenkonvention zweifellos nicht überbewerten darf, so stellt sie doch ein grenzübergreifendes Forum zur Diskussion gemeinsamer Probleme und einen Versuch dar, sie koordiniert und mit vereinten Kräften zu lösen, damit sich die peripheren Regionen fortan gegenüber den grossen Wirtschaftszentren besser behaupten können.



Zu den zentralsten und umstrittensten Themen der Alpenkonvention gehören der alpenquerende Verkehr (oben dargestellt am Beispiel der Hochleistungsstrassen) sowie die langfristige touristische Entwicklung des Berggebietes. (Bild unten Badilatti)

Parmi les sujets les plus controversés de la Convention alpine figurent le trafic à travers les Alpes (en haut, l'exemple des autoroutes) et le développement touristique à long terme des régions de montagne (photo du bas: Badilatti).



Zügel gelockert

Lex Friedrich erleichtert Investitionen von Ausländern

ti. Nachdem Ende August die Referendumsfrist unbenutzt verstrichen ist, hat der Bundesrat auf den 1. Oktober das revidierte Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (Lex Friedrich) in Kraft gesetzt. Die eidgenössischen Räte hatten im vergangenen Frühjahr dessen Lockerung im Rahmen des Investitionsprogrammes des Bundes zugestimmt. Mit den beschlossenen Erleichterungen hofften Regierung und Parlament, den Wirtschaftsstandort Schweiz für ausländische Investoren wieder attraktiver zu machen.

Keiner Bewilligung mehr bedarf demnach der Erwerb von Grundstücken durch Ausländer, wenn das Grundstück als ständige Betriebsstätte eines Handels-, Fabrikations- oder eines anderen nach kaufmännischer Art geführten Gewerbes, eines Handwerksbetriebes oder eines freien Berufes dient – mithin auch gastgewerblichen Zwecken in touristischen Regionen. Diese Regelung gilt auch dann, wenn das Grundstück nicht vom Erwerber selber für die Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit benutzt, sondern von ihm zu diesem Zweck einem Dritten vermietet oder verpachtet wird. Auch Beteiligungen von Ausländern an Wirtschaftsunternehmen sind nicht mehr bewilligungspflichtig. Um Jahresaufenthalt den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum zu erleichtern, ist die Bewilligungspflicht auch in solchen Fällen aufgehoben worden, ebenso die Beschränkung der Nettowohnfläche auf 200 Quadratmeter und der Grundstücksfläche auf 1000 Quadratmeter.

Unangetastet geblieben sind hingegen der harte Kern der Lex Friedrich und die in der Referendumsabstimmung vom Juni 1995 umstrittenen Punkte. So bleiben die Kapitalanlage in und der Handel mit Wohnungen für Ausländer weiterhin ausgeschlossen. Auch an Gesellschaften, die diesen Zweck verfolgen, können sie sich nicht beteiligen. Keine Änderung erfährt das geltende Recht ferner in bezug auf den Erwerb von Ferienwohnungen. Hingegen können Auslandschweizer wie bis anhin bewilligungsfrei Grundstücke in der Schweiz erwerben.

Qui va doucement, va longtemps

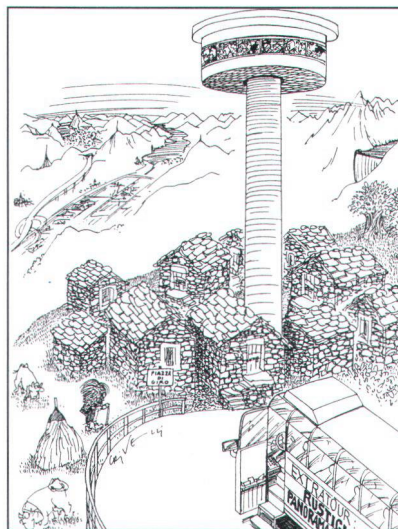
par Marco Badilatti, journaliste, Zumikon

Ces derniers jours, le Conseil fédéral a présenté au Parlement un message relatif à la ratification de la Convention alpine. Six ans après sa signature, cette convention liant les pays alpins a fini par faire son chemin. Après l'opposition tenace des cantons de montagne, les offices fédéraux concernés, les cantons et les organisations non gouvernementales sont parvenus à s'entendre sur un programme commun. Ce document primordial notamment pour la protection du paysage, l'aménagement du territoire et le tourisme devrait enfin être ratifié.

La convention internationale entre les pays alpins et l'Union européenne comprend une convention-cadre ainsi qu'une série de protocoles additionnels. Elle a pour but une politique globale de préservation et de protection des Alpes prenant en considération de façon équitable les intérêts de tous les Etats alpins, de leurs régions alpines ainsi que de l'Union européenne, tout en utilisant avec discernement les ressources et en les exploitant de façon durable. Jusqu'à présent, cette convention-cadre a été signée par l'Union européenne et tous les pays alpins; la Suisse a toutefois émis des réserves. Cette convention a été ratifiée par l'Autriche, l'Allemagne, le Liechtenstein, la Slovénie, la France et l'Union européenne, mais elle ne l'a pas été par l'Italie, Monaco et la Suisse.

Vers un développement durable

Longtemps, les protocoles additionnels sur l'aménagement du territoire, l'agriculture de montagne, la protection de la nature et l'entretien des paysages, les transports, le tourisme et la protection des sols ont donné lieu à d'importantes divergences. Les raisons principales en étaient la crainte des cantons de montagne d'une perte d'identité, l'orientation jugée trop unilatérale sur la protection de l'environnement, le renoncement au développement économique de l'espace alpin et l'absence de directives contraignantes pour la compensation des prestations d'intérêt public et de protection de l'environnement.



Sans nul doute, le tourisme de masse peut exposer les biens culturels à des risques que nous devons éviter (caricature Adriano Crivelli).

Kein Zweifel: der Massentourismus birgt für unsere Kulturgüter auch Gefahren, die vermieden werden müssen. (Karikatur Adriano Crivelli)

Entre-temps, les points de vue se sont rapprochés et des compromis valables ont été trouvés sous la conduite de l'Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage. Cela représente déjà beaucoup si l'on songe que durant l'été 1996, un échec du projet de ratification était déjà dans l'air. Toutes les parties concernées sont tombées d'accord sur les objectifs stratégiques favorisant un développement durable dans l'espace alpin.

Pour cela, il faudra prendre en considération de façon équitable les intérêts économiques et les exigences écologiques et charger principalement les cantons de l'application des protocoles additionnels.

Mariage de raison pour le bien de tous

Comme l'a expliqué la Conseillère fédérale Ruth Dreifuss lors d'une conférence de presse sur le message y relatif à l'intention du Parlement, la Convention fixe le cadre de la coopération internationale mais les documents de ratification n'ont pas été simplement dictés d'en haut; ils ont été rédigés grâce à un dialogue intensif entre la Confédération et les Cantons. En tant que président de la conférence des gouvernements des cantons de montagne, le conseiller d'état grison Klaus Huber a d'ailleurs ajouté sur le ton de la plaisanterie que l'on ne pouvait certes pas encore parler d'un mariage d'amour avec les anciens opposants, mais que l'on disposait de tous les éléments pour leur proposer un mariage de raison; cela dans l'intérêt de l'Etat, mais également parce que la Suisse ne peut plus se permettre de refuser le dialogue au niveau international. En effet, même s'il ne faut pas surestimer la Convention alpine, elle constitue un forum international de discussion de problèmes communs et une tentative de chercher des solutions coordonnées et unies permettant à des régions périphériques de mieux s'affirmer face aux grands centres économiques.